

30. August 2016

Aufruf von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch:

Treibende Kraft für ein Bündnis für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Jahrzehntelang haben die meisten Menschen optimistisch in die Zukunft geschaut. Wie selbstverständlich gingen sie davon aus, dass ihre Kinder einmal besser leben werden als sie selbst. Das ist vorbei. Die neoliberale Politik von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen hat diesem gesellschaftlichen Optimismus die Grundlage entzogen. Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft schwinden, Zukunftssorgen und Abstiegsängste sind selbst in weiten Teilen der Mittelschicht präsent. Die Politik, die zu immer mehr Ungleichheit, Lebensunsicherheit sowie zu globaler Destabilisierung und Kriegsgefahr führt, ist auch der Nährboden rechter Parteien. Sie muss durch eine Politik für soziale Sicherheit und eine an den Traditionen der Entspannung orientierte Außenpolitik ersetzt werden. Das ist der Wille der Mehrheit der Menschen in Deutschland. Das ist das politische Ziel der LINKEN.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Spaltung wird sichtbarer. Während manche Regionen veröden, schießen in anderen die Luxusvillen aus dem Boden. Ein Prozent Millionäre besitzen inzwischen fast die Hälfte des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte der Gesellschaft - also jeder Zweite - besitzt fast nichts. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit oder ihrer Rente nicht mehr auskömmlich leben. Sogar Vollzeitarbeit zum gegenwärtigen Mindestlohn macht arm und führt auch nach 45 Rentenbeitragsjahren in die Altersarmut. Die Mieten in vielen Städten explodieren und immer mehr Menschen haben Jobs im Niedriglohnsektor. Kein Wunder, dass sich so soziale Ängste ausbreiten. Reicht das Geld noch für die Miete, die Kinder und den täglichen Einkauf? Werde ich in ein oder zwei Jahren meinen Job noch haben? Das sind die Fragen, mit denen sich immer mehr Familien ständig beschäftigen müssen und die ein tiefes Gefühl der Unsicherheit und Stress erzeugen.

Immer mehr Menschen haben das satt. 82 Prozent halten die soziale Ungleichheit in Deutschland für zu groß. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD ignoriert den Willen dieser großen Mehrheit und vergrößert weiter die soziale Ungleichheit. Aktuelle Beispiele dafür sind die Untätigkeit der Bundesregierung im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung großer Konzerne und der Superreichen, die von ihr geschaffenen Privilegien für milliardenschwere Unternehmenserben im Erbschaftssteuergesetz, die positive Haltung zum Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA), die Unfähigkeit, eine echte Mietpreisbremse zu beschließen, und die erweiterten Lohndumpingmöglichkeiten durch Leiharbeit und Werkverträge.

Leider fällt auch die andere Oppositionspartei im Bundestag als Motor für einen sozialen Fortschritt aus. Die GRÜNEN können sich noch nicht einmal zu einer Vermögenssteuer-Light durchringen und verteidigen die Rente erst ab 67 bis heute. Die selbsternannte „Protestpartei“ AfD gehört in Wirklichkeit zum neoliberalen Parteienkartell, fordert weitere Rentenkürzungen und will Vermögens- und Erbschaftssteuern gleich ganz abschaffen. Sie will keine sozialen Verbesserungen gegen die Reichen und Mächtigen durchsetzen, sondern die Menschen gegeneinander im Kampf um Arbeitsplätze, Wohnungen oder Sozialleistungen gegeneinander ausspielen. Die AfD ist das Produkt neoliberaler Politik, die im Interesse einflussreicher Wirtschaftslobbys den sozialen Zerfall der Gesellschaft vorangetrieben und so viele Menschen von der Demokratie enttäuscht hat. Das Ergebnis sind Ohnmachtsgefühle, Frust und Wut auf die etablierten Parteien. Die AfD erntet, wo die Neoliberalen gesät haben. Ihr kann nur durch eine andere Politik, die den Sozialstaat wieder aufbaut und so Unsicherheit und Ängste überwindet, die Grundlage entzogen werden.

Rechtspopulisten den Boden zu entziehen, ist Ziel linker Politik. Diese ist gekennzeichnet durch den Einsatz für soziale Sicherheit und eine an den Traditionen der Entspannung orientierte Außenpolitik. Wir stehen für zivilgesellschaftliches Engagement, eine offene Gesellschaft und erfolgreiche Integration und wissen zugleich, dass der Kampf darum eine tägliche Herausforderung bleibt.

DIE LINKE ist derzeit die einzige Partei, die glaubhaft für einen sozialen und demokratischen Neubeginn eintritt. Dafür hat sie momentan in erster Linie außerparlamentarische Bündnispartner. Das ist keine leichte Situation. Aber es ist auch eine Chance. Die Botschaft an die Wählerinnen und Wähler muss lauten: DIE LINKE steht für eine soziale Politik in diesem Land bereit. DIE LINKE steht für eine Demokratisierung der Demokratie. DIE LINKE steht für ein solidarisches Miteinander statt für Aus- und Abgrenzung. DIE LINKE steht für einen grundsätzlichen Politikwechsel.

Je stärker DIE LINKE, desto eher werden auch SPD und GRÜNE diesen Politikwechsel unterstützen. Je stärker DIE LINKE in einem solchen Bündnis, desto konsequenter wird dieser Politikwechsel umgesetzt werden. Damit ist eine Stimme für DIE LINKE nie verschenkt. Sie ist ein Protest gegen die herrschende Politik, ein Motor für die soziale Wende und eine Versicherung gegen Wahlbetrug. Eine Stimme für DIE LINKE ist der erste Schritt für eine demokratische und soziale Wende aus der Gesellschaft heraus hinein in die Politik.

Wenn DIE LINKE das konsequent kommuniziert und glaubhaft ausstrahlt, dann ist sie in der Lage, aus der aktuellen Situation gestärkt hervorzugehen und alternative Mehrheiten zu organisieren.

DIE LINKE. im Bundestag hat dafür alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Es ist uns gelungen einen Generationenwechsel in der Fraktion einzuleiten, ohne das übliche Personalgezänk. Wir, 64 Abgeordnete und die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sind nicht nur im Parlament und den Ausschüssen aktiv. Wir sind gemeinsam mit der Partei draußen bei den Menschen mit unseren

Bürgerinnen- und Bürgersprechstunden, mit ganz konkreten Angeboten, bei Demonstrationen und Stadtteilversammlungen. Wir sind die mit Abstand aktivste Fraktion im Bundestag, etwas was wir mit unseren Landtagsfraktionen, ob nun in Hamburg und Hessen oder in Sachsen und Berlin, gemeinsam haben. Wir sind die Oppositionsführerin gegen eine Große Koalition, die kein einziges großes Reformvorhaben hat. Ohne uns gäbe es kaum mehr Debatten im Bundestag. Wir setzen Themen. Selten gab es so viele Untersuchungsausschüsse wie in dieser Legislaturperiode. DIE LINKE hat das Instrument des Untersuchungsausschusses da genutzt, wo es notwendig ist. Beim NSA- und beim NSU-Untersuchungsausschuss, beim BKA-, Cum/Ex-Untersuchungsausschuss und beim Abgasskandal: das sind auch Kürzel für eine Große Koalition des Versagens, Vertuschens und Verschleppens. DIE LINKE im Bundestag hat Haltung bewiesen. Wir haben geschlossen und als einzige Fraktion gegen die Anti-Asylpakete gestimmt. Wir haben geschlossen gegen jeden Kampfeinsatz der Bundeswehr im Ausland und für Frieden und Solidarität votiert.

Doch um die Ära Merkel zu beenden und einen grundlegenden Politikwechsel einzuleiten, brauchen wir Partner. Leider sind momentan SPD und GRÜNE für eine soziale Wende und die Rückkehr zu einer friedlichen Außenpolitik noch nicht bereit. Es ist nicht glaubwürdig, wenn die SPD zu Recht das „Säbelrasseln“ der NATO an der russischen Grenze kritisiert und vor einer kriegerischen Auseinandersetzung warnt, aber gleichzeitig in einer Regierungskoalition mit der CDU/CSU verbleibt, die deutsche Soldaten an die Grenze zu Russland schicken will. Es ist nicht glaubwürdig, wenn SPD-Vizekanzler Gabriel nach dem „Brexit“ zu Recht sagt, dass viele Menschen in der EU an das ursprüngliche Versprechen der europäischen Integration, mehr „Frieden, Wohlstand und Freiheit“ zu bringen, nicht mehr glauben und eine „Politikwende“ fordert, und dennoch CETA unterstützt, zugleich aber das Scheitern von TTIP konstatiert. Nicht Worte, sondern Taten helfen den Menschen. Und die beste Tat zur aktuellen Zeit ist, der Regierung Merkel die sie stützende parlamentarische Mehrheit zu entziehen. Statt aber die derzeit bereits vorhandene Rot-Rot-Grüne Mehrheit im Bundestag dazu zu nutzen, Merkels Eurokrisenpolitik die rote Karte zu zeigen, stützt die SPD als Koalitionspartner letztlich die von Merkel und Schäuble diktierte und mit Hilfe europäischer Institutionen durchgesetzte Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen.

Es wäre gut, wenn SPD und Grüne sich auf ihren Gründungsauftrag besinnen würden. Es ist höchste Zeit für eine andere Politik. Wer das nicht ernst nimmt, der rollt Rechtspopulisten in ganz Europa den roten Teppich aus.

In dieser Situation kann DIE LINKE nur erfolgreich sein und damit ihrer Verantwortung gerecht werden, wenn sie den Wählerinnen und Wählern und den potentiellen Bündnispartnern ein klares inhaltliches Angebot macht. Dies tun wir in den Landtagswahlkämpfen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie im Kommunalwahlkampf in Niedersachsen. Wie im Bund, so haben auch die großen Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin bestenfalls Stillstand gebracht. Wir sind davon

überzeugt, dass es einen Kurswechsel in beiden Ländern braucht. Dafür kämpfen unsere Genossinnen und Genossen vor Ort auch mit unserer Unterstützung. DIE LINKE in Thüringen und Brandenburg beweisen, dass andere demokratische Mehrheiten möglich sind und diese politischen Alternativen von den Menschen gebraucht, gewünscht und unterstützt werden. Wir wollen diese Republik - von der Kommune, über die Länder, den Bund bis hinein nach Europa - grundlegend verändern.

Im Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr muss DIE LINKE ihre zentralen Anforderungen an eine soziale und friedenspolitische Wende, von der die Menschen glaubhaft eine Verbesserung ihrer Situation erwarten können, kurz und verständlich benennen. Wenn das ab jetzt im Zentrum unserer Kommunikation und Politik steht, wird DIE LINKE die treibende Kraft für eine soziale, friedliche und demokratische Wende und zum Garanten eines solchen Politikwechsels.

Wir laden zu einem „**Bündnis für Frieden und soziale Sicherheit**“ ein, das die Umsetzung folgender acht Ziele und Maßnahmen zum Hauptziel erklärt:

1. **Vom Lohn der Arbeit muss man auskömmlich leben können, und Arbeitslosigkeit darf nicht zu einem sozialen Absturz führen.** Daher sind eine sofortige Anhebung des Mindestlohns auf 10 und dann so schnell wie möglich auf 12 Euro, die Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung anstelle von Hartz IV und effektive Maßnahmen zur Beseitigung von Dauerbefristungen, Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen nötig.
2. **Die gesetzliche Sozialversicherung muss wiederhergestellt werden. Rentenansprüche aus einer normalen Erwerbsbiographie müssen den Lebensstandard im Alter sichern und insbesondere Altersarmut verhindern.** Deshalb muss die öffentliche Förderung der Riesterrente beendet und stattdessen das gesetzliche Rentenniveau angehoben werden. Zur Stärkung der Sozialversicherung gehört auch die Schaffung einer solidarischen Pflegeversicherung und einer Krankenversicherung für alle, einer Bürgerversicherung.
3. **Der gigantische und in wenigen Händen konzentrierte Reichtum muss zum Wohle der Allgemeinheit und für die Finanzierung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben herangezogen werden.** Als Instrument dafür ist die Einführung einer Vermögenssteuer für Millionäre alternativlos, um mit diesen Milliardeneinnahmen eine Stärkung des Sozialstaats und dringend notwendige Investitionen in die Zukunft zu finanzieren. Das bringt nicht nur eine gerechtere Verteilung, sondern auch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Das Hick-Hack um die Erbschaftsteuerreform muss beendet und eine angemessene Besteuerung hoher Erbschaften durchgesetzt werden.
4. **Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren und endlich Fluchtursachen wirklich bekämpfen.** Das bedeutet: deutsche Waffenexporte verbieten,

keine Verlegung von deutschen Soldaten an die russische Grenze, alle Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Unterstützung von Interventionskriegen stoppen. Rüstungsausgaben müssen gesenkt, anstatt sie, wie von Merkel verlangt, in den nächsten Jahren nahezu zu verdoppeln.

5. **Die EU braucht einen demokratischen und sozialen Neustart.** CETA und TTIP dürfen nicht an den Parlamenten vorbei durchgesetzt und müssen gestoppt werden. Gegen die Konzernlobbykratie, Bankenrettungen und diktierten Kürzungen von Löhnen und Renten muss der soziale Fortschritt in Europa sichergestellt werden.
6. **Allen Kindern in unserer Gesellschaft muss Zukunft gegeben, statt verstellt werden.** Die wachsende Kinderarmut muss endlich mit wirksamen Programmen bekämpft werden. Insbesondere Alleinerziehende müssen in ihrem Alltag und bei ihrer Erwerbsarbeit gefördert und unterstützt werden.
7. **Demokratie und Bürgerrechte müssen gestärkt werden.** Nicht Videoüberwachung und Vorratsdatenspeicherung schaffen mehr öffentliche Sicherheit, sondern mehr und gut ausgebildetes wie ausgestattetes Personal bei den Polizeien und im Öffentlichen Dienst. Die Grundlage für eine gute und gelingende Integration sowie gesellschaftlicher Frieden ist die Teilhabe aller hier lebenden Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand.
8. **Die Angleichung der Lebensverhältnisse muss erreicht werden.** Es ist nicht hinnehmbar, dass zweieinhalb Jahrzehnte nach der Einheit noch immer Menschen im Osten der Republik per Gesetz schlechter gestellt werden. Diese Benachteiligung muss endlich überwunden werden.

Diese Kernforderungen sind aus unserer Sicht die Basis für eine Wiederherstellung des Sozialstaats und die Rückkehr zu einer friedlichen Außenpolitik: die Basis für eine Politik, die nicht mehr spaltet, trennt und Menschen gegeneinander ausspielt, sondern die allen in Deutschland und in Europa eine Perspektive bietet. Wir laden jede und jeden dazu ein, mit uns auf dieser Grundlage für einen Politikwechsel zu kämpfen – innerhalb und außerhalb des Parlaments. Je stärker DIE LINKE, desto schneller können wir das gemeinsam schaffen.